

# Pöfener Zeitung.

Achtundachtzigster

Jahrgang.

Annoncen

Annahme-Bureau.

In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei C. L. Daube & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Rudolph Mosse.

In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendank“.

Annoncen

Annahme-Bureau.

In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei L. Streifand,  
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Nr. 830.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 25. November.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßte Petitzeile oder deren Raum. Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1881.

## Amtliches.

Berlin, 24. November. Die bisherigen Geheimen revidirenden Kalkulatoren Vahrendt, Preuß, Wilhelm und Peters sind zu Geheimen Rechnungs-Revisoren bei dem Rechnungshofe des Deutschen Reiches ernannt.

Bei der städtischen Realschule I. Ordnung in Köln ist die Bezeichnung des bisherigen ordentlichen Lehrers Dr. Bodhoff zum Oberlehrer genehmigt worden.

Die bisherigen Geheimen revidirenden Kalkulatoren Gampf, Zucht, Schmalle, Krämer, Schneider, Scheurich und Abbel sind zu Geheimen Rechnungs-Revisoren bei der Ober-Rechnungskammer ernannt.

## Deutscher Reichstag.

### 3. Sitzung.

Berlin, 24. November. 12 Uhr. Am Tische des Bundesraths v. Bötticher, v. Kameke, Scholz, v. Stosch, Stephan u. A. Die Triunen sind überfüllt.

Folgendes Schreiben des Reichskanzlers an den Präsidenten des Reichstages, d. d. 21. November, ist eingegangen: „Eurer Hochwohlgeboren beehre ich mich die Urkunde der Allerhöchsten Verordn. durch welche der Reichstag am 17. d. Mts. eröffnet worden ist, in der Anlage ganz ergebenst zu übersenden.“ Der Präsident fügt hinzu, daß die Allerhöchste Verordn. für die Mitglieder des Reichstages bereits gedruckt und vertheilt ist.

Eine zweite Zuschrift des Grafen Gaffelt in Vertretung des Reichskanzlers begleitet eine Zusammenstellung der bei den Wahlkonkurrenzen für das Jahr 1880 resp. das Etatsjahr 1880/81 vorgekommenen Einnahmen und Ausgaben nach den eingereichten Ueberzählungen. Die Zusammenstellung wird im Bureau zur Einsicht ausgelegt werden, die Beläge sind dem Auswärtigen Amte seiner Zeit wieder zurückzusenden.

Der Abg. Gieseler theilt dem Präsidenten mit, daß er die Wahl im schleswig-holsteinischen Wahlbezirk abgelehnt und die im nächsten angenommen hat.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Anträge der Abgeordneten Gieseler und Kraeger, die jeder für den anderen die Entlassung des gegen beide in Breslau, resp. Leipzig und Halle schwelenden Strafverfahrens verlangen. Abg. v. Mantuffel empfiehlt die Ueberweisung beider Anträge an die Geschäftsordnungs-Kommission, damit nicht die Praxis sich einbürgere, solche Anträge schlechweg ohne weitere Prüfung anzunehmen. Dieses Recht der Prüfung im einzelnen Fall will sich auch der Abg. Windthorst nicht nehmen lassen, obwohl aber, daß in den beiden vorliegenden Fällen eine besondere Momente zur Erwägung kommen und empfiehlt die Annahme der Anträge. Das Haus entscheidet sich in demselben Sinne.

Das Haus tritt nunmehr in die erste Berathung des Etats für 1882-83 in Verbindung mit dem Anleihegesetz ein.

Staatssekretär Scholz: Das Rechnungsjahr 1880-81 hinterließ ein Defizit von etwas mehr als 12 Millionen. Bei der vorjährigen Etatsberathung konnte ich für dieses Jahr einen Ueberschuß erwarten, wenn der Ertrag der Rübenzuckersteuer den Voraussetzungen entsprach, was damals noch zweifelhaft war. Letzteres ist nicht der Fall gewesen und daher jene Erwartung nicht erfüllt worden. Denn es haben im Uebrigen die Mehrausgaben des ordentlichen Etats sich geringer herausgestellt und in Minderausgaben schon Deckung gefunden bis auf 131,636 M., während einige damals erwartete Mindereinnahmen durch die bedeutenden Ueberschüsse der Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverwaltung von im Ganzen 7,103,394 M. gegen den Vorschlag ausgeglichen sind.

Das Jahr würde also nach diesem günstigen Resultat nicht nur mit einem Ueberschuß von etwa 3 Millionen, wie ich damals andeutete, sondern mit einem solchen von 6,371,758 M. abgeschlossen haben, wenn die Rübenzuckersteuer den Etatsanfang erfüllt hätte. Da diese aber mit dem Betrage von 18,734,226 M. hinter dem Etatsanfang zurückgeblieben ist, so ist statt eines Ueberschusses von etwas mehr als 6 Millionen das Endergebnis des Rechnungsjahres 1880/81 das vorhin

besprochene Defizit von etwas mehr als 12 Millionen gewesen. Der große Ausfall bei der Rübenzuckersteuer und damit auch das ganze Defizit des Jahres 1880/81 stellt sich aber erfreulicherweise nicht als ein dauernder materieller Verlust dar, sondern als ein formeller rechnungsmäßiger für das abgeschlossene Rechnungsjahr 1880/81, und schon das laufende Jahr bietet die Mittel zu seiner Ausgleichung. Bisher

zur Reichskasse vom Monat der Anschreibung an gerechnet, und eine zur 2monatlichen Frist zur Bezahlung der Steuervergütung aus der Reichskasse vom Monat der Ausführung an gerechnet. Nach dem heutigen Stande der Fabrikation sind aber zur Verfertigung

traden Rohzuckers, welcher bei der Ausführung vorwiegend in Betracht kommt, nur wenige Tage erforderlich, und es findet die Ausführung oder Aufnahme des Zuckers in eine öffentliche Niederlage in der Regel unmittelbar oder doch bald nach seiner Herstellung statt. Die Liquidation der Ausfuhrvergütung fällt daher auch jetzt gewöhnlich zusammen mit der am Schlusse jedes Monats zu bewirkenden Feststellung der Steuer. Von diesem Zeitpunkt an waren nun also die Bonifikationen schon 3 1/2 Monat früher aus der Reichskasse zu zahlen, als sie die Steuer empfing, ja es konnte die

Realisirung der Vergütungsansprüche noch um weitere 2 1/2 Monat früher erlangt werden, weil die ertheilte Bonifikationsanerkennung zur Bezahlung der ältesten Steuerkredite benutzt werden konnte. So verläuft die Reichskasse bis zu 6 Monaten früher die Steuer, ehe sie sie überhaupt empfing. Dieses unrichtige Verhältnis mußte natürlich mit der Ausdehnung unseres Zuckerexports immer empfindlicher und vollends in einem Finanzjahre wie 1880/81 von geradezu störender Wirkung für den Reichshaushalt werden, da in diesem Jahre die versteuerten Rübenzucker gegen das Vorjahr um mehr als 24 Millionen Mark sich steigerte.

Es hat sich aber auch, da diese Mehrproduktion natürlich nicht in eigenen Lande bleiben konnte, dementsprechend der Export von Rübenzucker von 2,250,282 Zentnern auf 5,886,484 Zentner, das heißt auf mehr als das Doppelte, und die Exportvergütung von 23,549,596 auf 52,716,003 Mark gehoben. Natürlich konnte nun auch ein um

so viel größerer Ertrag dieser nie dagewesenen und nicht vorherzusehenden Exportvergütung im Laufe des Etatsjahres nicht mehr ausgeglichen werden durch die eben erst später eingehende Steuer, und die 3 1/2 - Einnahme des Jahres erfuhr also einen Ausfall von über 10 Millionen, während dasselbe Jahr über 16 Millionen mehr rückständige Steuerkredite dem laufenden Jahre überließ, als es selbst von dem

Vorjahre übernommen hat. Deshalb hat der Bundesrath alsbald durch eine anderweitige Fristbestimmung für die Regelung der Exportvergütung Remedur dahin getroffen, daß vom 1. August d. J. ab eine frühere Vergütung der Steuer als deren Zahlung im Allgemeinen nicht mehr vorkommen sollte. Das laufende Jahr hat von dem früheren Verhältnis her noch eine bedeutende einmalige Mehreinnahme an Steuer für exportirten Zucker, welche nicht wieder als Steuervergütung herausgezahlt ist, weil sie im vorigen Jahre im Voraus aus der Reichskasse vergütet worden ist. Nach vorsichtiger Berechnung wird das laufende Jahr bei der Rübenzuckersteuer einen Mehreberschuß gegen den Etat von etwa 19 Millionen gewähren und dieser also nicht bloß zur vollständigen Ausgleichung hinreichen, sondern auch das natürlichste Mittel darbieten, um das Defizit des vorigen Rechnungsjahres direkt und formell zu decken. Da dieses Defizit sich in Folge der Rechnungsrevision schätzungsweise noch um etwa 300,000 Mark vermindern dürfte, ist es in den neuen Etatsentwürfen für 1882/83 nur noch mit 12,620,480 M. unter die einmaligen Ausgaben bei Kap. 15 eingelegt, aber ein gleich hoher Betrag aus der Rübenzuckersteuer des laufenden Jahres als Einnahme miteingelegt, es wird also der neue Etat das Defizit des Jahres 1880/81 in Wirklichkeit nicht weiter berühren.

Wenn nach alledem das wirkliche finanzielle Ergebnis des Jahres 1880/81 trotz des rechnungsmäßigen Defizits dennoch als ein günstiges bezeichnet werden darf, so scheint dies von der Finanzlage im laufenden Jahre in noch höherem Grade gesagt werden zu können. Auch nach der Abgabe von 12 Millionen Mark zur Bilanzierung des Vorjahres wird das laufende Jahr einen Ueberschuß von etwa 15 Millionen Mark liefern. Es werden wahrscheinlich mehr Ausgaben zu leisten sein an das Reichsamt des Innern von 210,000 M., zur Ergänzung des Reichsheeres 2,600,000 M. in Folge der Verminderung des Manquements bei den Lieutenantsstellen und der größeren Futterankäufe wegen des schlechteren Ernteertrages, wegen der Remonten- und der Truppentransporte des Bundes; beim Reichsamt eine Mehrausgabe von 130,000 M. in Folge der Ausprägung von Einmarkstücken, welche der Bundesrath beschloß; bei der Reichsschuld in Folge höherer Realisirungen für die Verzinsung eine Mehrausgabe von 520,000 Mark und beim Reichspensionsfonds eine solche von 270,000 Mark. Diesen Mehrausgaben werden, wie angenommen werden kann, beim auswärtigen Amt eine Minderausgabe von 1,110,000 M. und bei der Marineverwaltung eine solche von ca. 420,000 M. gegenüberstehen; im Ganzen wird sich also die Mehrausgabe auf 3,150,000 M. belaufen. Dagegen ist zu hoffen auf eine Mehreinnahme und zwar bei der Rübenzuckersteuer auf 7 Millionen Mark nach Abrechnung der 12 Millionen zur Bilanz des Vorjahres; bei der Salzsteuer auf 600,000 Mark, bei der Brausteuer auf 570,000 M., bei der Wechselstempelsteuer auf 110,000 M., bei der statistischen Gebühr auf 230,000 Mark, bei der

darunter allerdings 1,140,000 M. für die Wittwen und Waisen der Beamten auf Grund des Gesetzes vom 20. April d. J.; bei der Eisenbahnverwaltung auf 3,230,000 M., darunter ebenfalls 110,000 M. für die Wittwen und Waisen der Beamten, und außerdem eine einmalige Einnahme von 140,000 M. von Seiten Preußens für den Bahnhof von Saargemünd. Im Ganzen werden die gehofften Mehreinnahmen sich auf 18,560,000 M. belaufen, denen nur bei dem Spielartenstempel eine Mindereinnahme von 600,000 M. gegenübersteht. Balancirt man diese Mindereinnahme mit den Mehrausgaben, so ergibt sich die Wahrscheinlichkeit eines Ueberschusses von 15,350,000 M. Daß diese meine Schätzung immerhin nur mit allem Vorbehalt gegeben werden kann, daran muß ich dieses Mal um so mehr erinnern, als erst 7 Monate des Etatsjahres hinter uns liegen, während gewöhnlich schon die Resultate von 10 Monaten vorliegen, wenn eine solche Schätzung mitzu-

theilen war. Zur Bilanzierung des Etats für 1882/83 ist abermals eine Steigerung der Matrifalarbeiträge ins Auge zu fassen und zwar um den Betrag von 12,378,371 M. Ebenso bleibt ohne allen Einfluß der Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer. Bekanntlich behält das Reich von dem Ertrag der Zölle der Tabaksteuer die gesetzlich ein für allemal fixirte Summe von 130 Millionen Mark. Der darüber hinausgehende Ertrag ist den Bundesstaaten zu überweisen. Eine richtige Schätzung dieses Mehrertrages war für die beiden letzten Etats und ist auch noch für den nächsten Etat sehr schwierig, weil sehr viele ungewisse Faktoren dabei mitwirken. Für 1880/81 war dieser Mehrertrag zu 40,624,500 Mark angenommen. Diese Schätzung hat sich als ziemlich richtig erwiesen; aber noch ehe diese Erfahrung vorlag, mußte die Schätzung des den Bundesstaaten zu überweisenden Mehrertrages für den laufenden Etat erfolgen, und man gelangte Anfangs zu der Annahme einer Steigerung um 16,028,500 Mark, also 56,653,000 Mark. Mit Rücksicht auf die im Reichstage schon geäußerten Bedenken gegen die vorige Berechnung schlugen die verbündeten Regierungen demnach den zu überweisenden Ertrag um 10,400,000 Mark höher an, und so ist er auch in den Etat des laufenden Jahres eingestellt worden, nämlich mit einer Steigerung von 2,139,000 Mark bei den Zöllen und mit einer Steigerung von 4,209,000 Mark bei dem Tabak, im Ganzen 66,657,000 Mark. In Bezug auf die Zölle scheint dieser Anschlag zu hoch. Denn wenn gleich die Voraussetzung einer stetigen Steigerung des Zollaufkommens sich vollkommen bestätigen wird und auch in dem ersten Halbjahre des laufenden Jahres keine Unterbrechung erfuhr, so bewegt sie sich doch in einem langsameren Tempo, als daß schon in diesem Jahre ein so hoher Mehrertrag an Ueberschüssen von den Zöllen erreicht würde. Wir rechnen vielmehr darauf, daß es 9 Millionen Mark weniger sein werden, die bei den Zöllen an Ueberschüssen auskommen. Es ist daher nicht rathsam erschienen, den zu überweisenden Betrag an Zöllen für das nächste Etatsjahr höher anzuschlagen, vielmehr eine Ermäßigung desselben vorzunehmen. Allein darum rechnet der neue Etat nicht mit einem Rückgang des Ertrages der Zölle, vielmehr rechnet er, wie der vorige mit einem stetigen Steigen des Aufkommens, nur mit einem langsamen. Bezüglich der Tabaksteuer hat sich der Vorschlag zu gering erwiesen. Derselbe bringt voraussichtlich in diesem Jahre 2,400,000 Mark mehr, als im Etat angenommen war, im Ganzen 7 Millionen Mark, und man darf darum für das nächste Jahr eine Steigerung des Ertrags von 6,451,950 M. in den Etat einstellen. Der den Bundesstaaten von den Zöllen und der Tabaksteuer durch den neuen Etat zu überweisende Betrag des Ueberschusses beläuft sich mit einer Steigerung von 4,478,000 Mark auf 71,445,000 Mark. Eine ähnliche Position ist der in dem nächsten Etat ersichtlich erscheinende Ertrag der neuen Reichstempelabgabe, welche auf Grund des Gesetzes vom 1. Juli d. J. erhoben wird, und dem ganzen Betrage nach den Bundesstaaten zu überweisen ist. Der Betrag dieser Abgabe ist sehr vorsichtig, aber auf immerhin sehr unsicheren Grundlagen auf 12,066,000 Mark abgeschätzt. Da diese Einnahme

Einnahme auch schon im laufenden Jahre erhoben und den Bundesstaaten überwiesen wird, ohne im Etat berücksichtigt zu sein, so wird dadurch den einzelnen Staaten ein sehr erwünschter Ertrag für den Ausfall an Ueberweisung von den Zöllen und der Tabaksteuer geboten. Eine genaue Berechnung des in diesem Jahre auskommenden Betrages hat sich noch nicht ermöglichen lassen. Scheidet man nun die Positionen, welche den eigentlichen Haushalt des Reiches nicht überall berühren, und ebenso alle die Ausgaben, welche in der Denkschrift zum Etat auf Seite 47 bis 48 nachgewiesen sind, und welche die Natur durchlaufender Posten haben, oder auf besondere Einnahmen angewiesen sind, von der Betrachtung des Etats aus, so ergibt sich, daß der Mehrbedarf von den Matrifalarbeiträgen bedingt wird durch eine Steigerung der Reichsausgaben um 8,183,012 M. und eine Minderung der Reichseinnahmen um 4,195,359 M. Ich will daraus bezüglich der fortdauernden Ausgaben, deren Steigerung rund 106 1/2 Millionen beträgt, die Verwaltung des Reichsheeres hervorheben, welche 1,612,158 M. mehr in Anspruch nimmt, hauptsächlich wieder in Folge der Verminderung der Manquements der Lieutenants und Unteroffiziersstellen 858,070 Mark und wegen der Wiedereinganzung kleiner Gans- und Feuerwaffen, für welche im vorigen Jahre 99,060 Mark bewilligt worden waren und jetzt wieder vom Hause verlangt werden. Unter den kleinen Ausgaben hebe ich die Verbesserung der Reserve- und Divisions-offiziersstellen hervor. Unter den Minderansätzen, welche dem gegenüber stehen, erwähne ich diejenige für Brot- und Fourageverpflegung mit 949,000 M. Ich muß bemerken, daß die diesmal früher erfolgte Etatsaufstellung es unmöglich gemacht hat, dieselbe Anschlagsmethode zu verfolgen, wie in den letzten beiden Jahren, daß man zurückgekehrt ist zu dem alten Anschlagsmodus nach dem zehnährigen Durchschnitt der Preise. Wie sich die Position stellen würde, wenn man die Hälfte des Bedarfs nach den Preisen dieses Monats berechnen könnte, das läßt sich nicht sicher übersehen. Die Marineverwaltung wird an fortdauernden Mehrausgaben 945,730 Mark in Anspruch nehmen, welche theils zu einer dem Flottengründungsplan entsprechenden Personalvermehrung, dann zur Vermehrung des Schiffs- und Torpedomaterials verwendet wird. Außerdem sind diesmal die geringeren Anlehensbestände bei dem Indiensthaltungsfonds auf den Marinetat anzurechnen. Zur Verzinsung der Reichsschuld wird ein Mehr von 1,300,000 Mark erfordert. Ueber die Ausführung der bisherigen Anlehensgesetze ist dem Hause bereits eine besondere Denkschrift zugegangen, und ich hebe nur hervor, daß von den ertheilten Anleiheermächtigungen, nach Abrechnung der gemachten Einsparnisse bei den betreffenden Ausgaben, diese sich auf 34 1/2 Millionen belaufen, von denen noch 53 Millionen Mark unbegeben in den Händen der Regierung sind. Der Zinsfuß bei der Begebung stellt sich im Ganzen auf 4 1/2 pSt.

Der allgemeine Defizitionsfonds wird eine Mehrausgabe verlangen von 635,234 M., der Defizitionsfonds 48,653 M. und die Zivilverwaltung mit 40,625 M. partizipiren. Die einmaligen Ausgaben sind bei der Mehrzahl der Verwaltungen geringer als im vorigen Jahre und höher nur bei dem Reichsamt des Innern um 157,967 Mark, lediglich in Folge der Aufnahme von Ausgaben zur Beobachtung des Venusdurchgangs und zur Theilnahme des Reiches bei der internationalen Nordpolarsahrt. Bei der Post- und Telegraphenverwaltung werden die einmaligen Ausgaben ein Mehr von 66,378 Mark in Anspruch nehmen; für Neu-Bauten und Anlagen wird für diese Verwaltung in dem außerordentlichen Etat nichts mehr ausgesetzt. Die Militärverwaltung wird einen Mehrbetrag von 1,148,693 Mark haben und für die Reichsschuld eine kleine Mehrausgabe in Folge der Herstellung der neuen Kassenheime. Daß die eigenen Einnahmen des Reiches um 4,195,359 M. geringer erscheinen, hat seinen Grund nur darin, daß dem nächsten Jahre nicht noch ein Ueberschuß des letzten Rechnungsjahres zu Gute kommt. Dem laufenden Jahre ist noch ein solcher von 6,529,730 M. zu Gute gekommen, und der Ausfall dieses Postens verwandelt die sonst sich ergebende Mehreinnahme in eine Mindereinnahme; denn es stellt sich von ganz unbedeutenden Veränderungen abgesehen die Rübenzuckersteuer um 2,131,540 M. geringer heraus. Allerdings hat hier lediglich die kalkulatorische Veranschlagung der Summe nach der alten Methode stattgefunden, denn es erschien nicht rathsam, gerade jetzt einen neuen Veranschlagungsmodus für diese Steuer in Anwendung zu bringen. Es stellt sich ferner ein Minus von 63,700 M. beim Spielartenstempel ein, sowie beim Wechselstempel ein solches von 97,100 M. Indessen würden diese geringen Mindereinnahmen durch die andererseits zu erwartenden Mehreinnahmen mehr als ausgeglichen werden, und zwar in der Salzsteuer durch einen Mehrertrag von 340,000 M., in der Branntweinsteuer von 669,000 M., in der Biersteuer von 25,000 M. und in den verschiedenen Verwaltungen Einnahmen von 215,000 M., vor allem aber durch die erheblichen Mehreberschüsse der Post- und Telegraphenverwaltung und der Eisenbahnen. Der Mehreberschuß der Post- und Telegraphenverwaltung hat auf 2,566,885 M. veranschlagt werden müssen, nämlich eine Mehreinnahme von 7,406,250 M. und eine Mehrausgabe von 4,839,395 M. Von der großen Mehreinnahme muß allerdings in Abzug gebracht werden, was die Verwaltung an Wittwen- und Waisengeldern beizutragen hat, 1,600,000 M., aber auch die verbleibende Summe von 5,400,000 M. ist ein erfreuliches Zeugnis für die Führung des Verfalls, sowie für die gute Wirkung der eingeführten Vereinfachungen. Es hat darin auch das Vertrauen und die Berechtigung zu einem weiteren Vorgehen im nächsten Jahre gefunden werden müssen, und hierauf beruht die Mehrausgabe von 4,839,395 M. Damit sollen die Mittel gewonnen werden, um zunächst die durch den steigenden Vertheil erforderlichen neuen Kräfte zu gewinnen, sodann um einigen zu stärkeren Leistungen heranzuziehenden Beamtenkategorien eine mäßige und billige Befoldung zukommen zu lassen, vor allem, um die im vorigen Jahre begonnene und bewährt gefundene Reform im Landpostwesen rascher zu fördern. Schon jetzt ist es gelungen, 40 Millionen Postsendungen um einen halben bis zwei Tage früher an die Empfänger gelangen zu lassen, und der Erfolg davon ist eine merkwürdige Zunahme des Postverkehrs, die in den betreffenden Bezirken 30 pSt. beträgt. Aber es bleibt noch ein weites Feld in gleicher Weise zu bestellen und deshalb wird noch für einige Jahre eine entsprechende Mehrausgabe in Aussicht zu nehmen sein. Der Mehreberschuß bei der Reichseisenbahnverwaltung hat auf 1,647,000 M. veranschlagt werden können, nämlich auf eine Mehreinnahme von 2,448,700 M. und eine Mehrausgabe von 801,700 M. Auch bei dieser Verwaltung ist es erforderlich, von der Mehreinnahme in Abzug zu bringen, die Wittwen- und Waisengeldbeiträge der Beamten mit 147,000 Mark. Aber auch von dieser Verwaltung gilt wie von der Postverwaltung, daß der Mehreberschuß ein erfreuliches



Abg. Richter (Hagen): Vießach wird im Publikum die Meinung zu verbreiten gesucht, als ob die Botschaft, durch welche die Reichstags-Session eröffnet wurde, in besonderer Form den Willen und die Absichten des Monarchen losgelöst von jenen des Kanzlers zum Ausdruck brächte. Gerade umgekehrt tritt durch die Unterzeichnung der Botschaft Seitens des Kanzlers die Form seiner Verantwortlichkeit für den Inhalt auch äußerlich noch mehr erkennbar hervor, als dies bei sonstigen Eröffnungsformen des Reichstages der Fall ist. Ob der Kanzler im Auftrage des Kaisers den Reichstag eröffnet, oder ob der Kaiser selbst durch eine Rede diese Eröffnung vollzieht, oder ob, wie hier, eine Mittelform gewählt wird, indem der Kanzler eine Botschaft des Kaisers verliest, immer sind es nur verschiedene äußere Formen derselben Sache, der Darlegung des Regierungsprogramms unter Verantwortlichkeit des Reichskanzlers bei Beginn eines neuen Abschnitts der Gesetzgebung. Willkürlich ist es, zwischen solchen Formen zu unterscheiden, und ebenso willkürlich, in den einzelnen Sätzen und Wendungen der Botschaft mehr, in anderen weniger die persönliche Ansicht des Kaisers erkennen zu wollen. In dieser Botschaft spricht die Krone, berathen vom Kanzler. Unsere Aufgabe ist es nun als Rath der Krone diesen Rath nach der andern Seite hin zu vervollständigen. Indem dergestalt die Krone die bestmögliche Information erhält, wird sie am besten in den Stand gesetzt, das für das Land Richtige zu treffen. Aus den geringeren oder größeren Informationen der Krone erklärt es sich auch, daß Thronrede und Botschaft ihrem Inhalt nach oft miteinander im Widerspruch stehen, daß z. B. aus dem letzten Jahre Thronreden desselben Monarchen und desselben Kanzlers sich in Beurtheilung der Ursachen der gegenwärtigen wirthschaftlichen Verhältnisse und in Bezug auf die Handelspolitik vollständig widersprechen. Ebenso wie wir überzeugt sind, daß der Kanzler selbst seinen Rath der Krone ertheilt hat, nach Maßgabe seiner eigenen selbstständigen Ueberzeugung, ebenso ist es auch Aufgabe des Reichstages, nun seinerseits das in der Botschaft dargelegte Regierungsprogramm zum Gegenstand seiner selbstständigen Beurtheilung nach Maßgabe seiner Ueberzeugung zu machen (Beifall links). Ich sage dies allerdings nicht für die Mitglieder des Reichstags, sondern um von vornherein allen Versuchen zu begegnen, die sich draußen erheben möchten, die Krone selbst in den Parteikampf herabzuziehen (Beifall links). In der Lebhaftigkeit des Wahlkampfes hat es schon einen Abschnitt gegeben, wo man versuchte, als die Parole „Für oder wider den Kanzler“ kein Echo fand, die Parole „Für oder wider den Kaiser“ auszugeben. Wird in ungewohnter Weise jetzt die Botschaft in den Gemeindelokalitäten öffentlich angeschlagen, so kann dies allerdings der Mißdeutung unterliegen, als ob der Kaiser selbst in den Parteikampf herabsteigen sollte. Nach unserer Ansicht ist der Parteikampf weiter nichts als der Wettstreit der verschiedenen Parteien, wer dem Kaiser den besten Rath ertheilt. (Beifall links.) Aber über diesem Parteikampf hoch erhaben steht die Krone und der Kaiser selbst. (Lebhafter Beifall.) Das ist deutsche Auffassung! Eine entgegengesetzte, welche den Kaiser herabzieht in den Parteikampf, gewissermaßen eine Abstimmung provoziert für oder wider den Kaiser, der Art, daß der Kaiser selbst bei den Wahlen siegt oder unterliegt, — das ist französische Art! (Beifall links.) Solche wollen wir in Deutschland nicht aufkommen lassen. Wenngleich das französische Kaiserthum siegreich stets aus den Plebisziten hervorging, so haben dieselben nicht zum Mindesten den Kaiserthron in Frank-

reich untergraben helfen. (Beifall links.) Als unsere siegreichen Truppen in Frankreich einogen, wenige Monate nach dem letzten Bismarck, fanden sie noch in manchen Mairien die letzten kaiserlichen Proklamationen angeschlagen, in ähnlicher Form, wie jetzt beabsichtigt wird, diese Botschaft anzuschlagen. Sene Proklamationen bildeten einen grellen Widerspruch zu dem Sturze des Thrones, der sich inzwischen vollzogen hatte. Schon die Sätze der Botschaft, welche vom Kaiserthum sprachen, spiegeln die einseitige Darstellung wieder, mit welcher der Reichskanzler die wirtschaftlichen Verhältnisse in dieser Botschaft schildert. Der Etat soll also ein erfreuliches Bild der eingeschlagenen Wirtschaftspolitik bieten! Ich vermag dieses Bild auf keiner Seite wieder zu erkennen. Blicken wir auf die Erträge der alten, von der letzten Gesetzgebung nicht betroffenen Steuern — Zucker, Brau-, Branntweinsteuer —, so finden wir deren Erträge um neun Millionen geringer angelegt, als im Etatsjahr 1878 vor der neuen Wirtschaftspolitik (Hört links). Schon die jährliche Zunahme der Bevölkerung um 1 Prozent mußte aber ein Wachstum dieser Erträge hervorbringen. Die Bank zeigt einen erhöhten Mehrertrag von 995 M. Soll das eine Beförderung der Verhältnisse bedeuten? (Hört). Der Postüberschuß beträgt allerdings 2½ Millionen M.; aber 1,400,000 M. resultieren aus den neuen Wittwenkassen-Beiträgen der Beamten; die Porto-Einnahmen haben sich nur in der üblichen Weise um jährlich 4 Prozent gesteigert. Allerdings zeigen die Reichseisenbahnen im Elsaß eine höhere Einnahme aus dem Post- und Telegraphenverkehr; aber die Mehreinnahmen entsprechen nur der um 7 pCt. erhöhten Länge der Bahn (Heiterkeit); ½ Mill. ist erspart für Pacht einer Bahnstrecke, weil man inzwischen diese Bahnstrecke gekauft hatte (Hört). Die Zinsen finden sich freilich nicht hier, sondern im Schulden-Etat angelegt. Die Zolleinnahmen zeigen ein Minus von 1½ Millionen trotz einiger Ernt in diesem Jahre neu eingeführter Zölle. Das Bild, welches der Etat zeichnet, stimmt in jeder Beziehung überein mit dem Bilde, welches die deutschen Handelskammern in den Berichten pro 1880 über die Wirkungen der neuen Wirtschaftspolitik entwerfen. In überwältigender Mehrheit erklären die deutschen Handelskammern, daß eine günstige Wirkung dieser Wirtschaftspolitik nicht eingetreten sei, widersprechend der Behauptung, als ob dieselbe einen allgemeinen Aufschwung hervorgerufen habe. Nur einzelne Zweige der Großindustrie, einzelne Kategorien von Aktiengesellschaften sind durch die neuen Zölle begünstigt worden auf Kosten des gesammten Volks und der Gewerthätigkeit des ganzen Landes. Keine einzige Handelskammer tritt für die Lieblings-theorie des Herrn Reichskanzlers, daß das Ausland die Zölle beahle, ein. Allerdings lese ich heute in den Zeitungen, daß die Verfasser dieser Handelskammerberichte verantwortlich vernommen worden wären (Große Heiterkeit). Es ist freilich un bequem, daß sich die Thatsachen sogar nicht den Anschauungen des Reichskanzlers einfügen wollen. Vielleicht würde ich über die Wirtschaftspolitik heute noch mehr sprechen, wenn nicht die Zahl der Redner, welche eine mir entgegengesetzte Anschauung vertreten haben, durch die letzten Wahlen mehr vermindert worden wäre, als es im Interesse der Lebhaftigkeit unsern Debatten vielleicht wünschenswerth wäre (Heiterkeit). Von allen jenen Sängern, von allen jenen Lobrednern der neuen Wirtschaftspolitik, dem Freiherrn von Barnbüler, dem Grafen Stolberg, Löwe, Berger, und wie sie hießen, steht nur noch eine hohe Säule, Herr von Minnigerode (Heiterkeit), um von der entschundenen Pracht Zeugnis abzulegen (Heiterkeit). Ich zweifle nicht, Herr von Minnigerode wird auch heute sein Möglichstes thun, um uns den Verlust dieser Herren weniger empfinden zu lassen. (Heiterkeit.) Aber über sein Möglichstes will ich ihm doch nichts anfinnen. Ich verlasse deshalb dieses Thema heute. Die Botschaft spricht von der erfreulichen finanziellen Entwicklung des Reiches. Allerdings, es kommen in diesem Etat Einnahmen von neuen und erhöhten Steuern zum Vorschein. Aber so erfreulich dies auch für den Herrn Schatzsekretär ist, ebenso unerfreulich ist es für diejenigen, welche die Steuern zu bezahlen haben (Sehr richtig! links.). Daß die neuen Stempelabgaben mindestens 12 Millionen bringen würden, hat Niemand bezweifelt und ebensowenig, daß die stufenweise Erhöhung der Einkommensteuer im nächsten Budget 9½ Millionen Mark mehr bringen mußte. Aber die alte nicht veränderte Brau- und Tabaksteuer und die gibt zu denken. Die Brau- und Tabaksteuer und die Tabaksteuer zeigt sich in Folge der veränderten Technik in Verfall. Die Ausfuhrvergütung hat sich zur Ausfuhrprämie herausgebildet. Die Botschaft spricht von einem erheblich höheren Betrage, welcher den einzelnen Bundesstaaten über die Erhöhung der Matrikular-Beiträge hinaus überwiesen werde. Diese erhebliche Summe beträgt nur 4 Millionen Mark. Von 16 Millionen Mark mehr an neuen Steuern und Zöllen bekommen also die Einzelstaaten nur ein Viertel. Nach dem vorigen Etat brachten die neuen Steuern und Zölle 26 Millionen Mark mehr und auch davon entfielen nur 4 Millionen auf die Einzelstaaten. Gegenüber den dreißigjährigen 4 Millionen büßen die Einzelstaaten ihre Einnahmen von den bisherigen, auf das Reich übergegangenen Stempelsteuern, z. B. der Aktensteuer, ein, und auch jenes Plus von 4 Millionen Mark würde für die Einzelstaaten nicht herauskommen, wenn nicht das neue Gesetz über die Versorgung der Wittwen und Waisen in diesem Etat statt Mehrausgaben Mehreinnahmen zum Vorschein brächte. Auf normaler Höhe würden die Waisen- und Wittwenpensionen 5,400,000 Mark betragen; jetzt aber betragen sie, da das Gesetz keine rückwirkende Kraft hat, nur 200,000 Mk., während 1,800,000 Mark Beiträge der Beamten unsere Finanzen verbessern. Nun bemerke der Herr Schatzsekretär, wie schön die neue Finanzpolitik erst würde gewirkt haben, wenn die Erhöhung der Militärpräsenz im vorigen Jahre nicht gekommen wäre. Ja, meine Herren, wenn nicht. Das ist eben die Frage. In der That hat sich der Abg. Windthorst in der Voraussetzung getäuscht, als er die neuen Steuern bewilligte. Nicht einmüthig, sondern nur mit einer knappen Mehrheit wurde jene erhöhte Militärpräsenz bewilligt. Seitdem haben sich die laufenden Ausgaben für Heer, Marine und Pensionen um 28 Millionen Mark erhöht. Im neuen Etat tritt der Mehraufwand für militärische Zwecke an 6 verschiedenen Stellen ein: im Ordinarium der Militär- und Marineverwaltung, in der Verminderung der Einnahmen des Festungsaufstands mit der Aufhebung desselben, in der Erhöhung der Schulzinsen, in Folge der durch den Anleihen bewilligten militärischen Bauten, in der Erhöhung des Pensionsetats und in der Steigerung der Aufwendungen für Ersatzbauten. Die neuen Militärformationen ziehen ihre Konsequenzen; 330 Lieutenants und 2500 Unteroffiziere mehr werden eingestellt, weil man die Manquements ausgleichend im Stande ist. Der Pensionsetat erhöht sich weiter, weil die Offiziere nach dem Kriegsanwartschaft in jüngeren Jahren an die aktive Majorats kommen, wo diejenigen ihren Abschied einreichen, welche nicht der Anciennität nach weiter avancieren. Für zwei neue Trampelpots und zwei Trampelfarnen sollen nicht weniger als 4,800,000 Mark ausgegeben werden. Die in diesem Jahre eingegebildete Ersatzreserve soll zum Theil im nächsten Jahre wieder gelöst werden. Die Ausbildung dieser Ersatzreserve unterbricht 3700 Menschen in ihren bürgerlichen Verhältnissen; nachdem das militärische Lehrpersonal durch die erwähnten neuen Offiziere und Unteroffiziere verdrängt worden, könnte um so eher eine verkürzte Dienstzeit für die Dreißigjährigen, wenn auch nur durch spätere Einstellung der Rekruten ins Auge gefaßt werden. Aber der Etat ist die Konsequenz des ganzen Regierungssystems, und ohne die zu ändern, läßt sich am Etat nicht allzuviel umgestalten. Die Staatsdebatten gestattet mit Recht, das Gesamtregierungssystem zur Diskussion zu stellen, die Botschaft giebt dazu um so mehr Veranlassung. Unserer Ansicht nach müßte sie durch eine Adresse beantwortet werden. Die Mehrheit, welche bei der Präzidentenwahl Ausdruck gefunden, könnte alsdann erproben, ob sie sich auch über sachliche Anschauungen zu einigen im Stande ist. Da wir nicht die Mehrheit repräsentieren, muß für uns die Etatsrede die Adresse an die Krone als Erwiderung auf die Botschaft ersehen. — Die Botschaft und die Teilung der sozialen Schäden durch positive Förderung der Arbeiter ans Herz. Aber diese Erkenntnis datirt nicht erst aus der letzten Zeit oder von der Bildung der Sozialistenpartei.

fondern hat i m weiten Volksleben stets alle diejenigen er-  
welche Herz und Sinn haben für das Wohl ihrer weniger glück-  
gestellten Mitbürger. Aber wie Schulte-Deleitz schon bemerkt  
sagte, die soziale Frage ist keine spezifische Frage, die man durch  
ein spezifisches Mittel heilen kann, wie durch die Wunderpille  
eines Quackalbers. So wichtig auch die Frage: Unfallversicherung  
oder Altersversorgung durch Rentenzahlung ist, es sind doch nur zwei  
einzelne Fragen in der Gesamtheit von Fragen, deren Lösung gleich-  
bedeutend ist mit dem Kulturfortschritt der Gesamtheit. (Sehr rich-  
tig! links.) An solcher Lösung zu arbeiten ist die Aufgabe jedes Ein-  
dividuum der Gesellschaft und jeder ihrer Organisationen, der Arbeit-  
wie aller freien Vereinigungen, die nach den verschiedensten Richtungen  
positiv fördernd a f die Lage der arbeitenden Klassen einwirken.  
Überall, wo eine solche Frage praktisch zu lösen versucht wird, haben  
die Liberalen in erster Reihe, um mit Hand anzulegen. (Sehr wahr!  
links.) Wir sind stolz darauf, als einen Mitbegründer und Führer  
unserer Partei denjenigen Mann zu besitzen, der in der Form der  
Selbsthilfe gegründeten Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften  
Wege gewiesen hat, wie man soziale Fragen in bestimmter Richtung  
lösen kann, ohne Steuern auf Lebensmittel dazu auferlegen zu müssen  
(Beifall links.) Er kann einst das Bewußtsein mit sich hinübernehmen  
dazu redlich seinen Theil von Anfang an beigetragen zu haben.  
vor einer Zeit, als die sozialistische Partei entstand und der Reichs-  
kanzler sich mit Ferdinand Lassalle über dergleichen Fragen, wie mit einem  
interessanten Gutsnachbar unterhielt. Gewiß hat der Staat auch in  
sozialem Gebiet große Aufgaben. Er soll durch Gründung des ge-  
fassungsmäßigen Rechtsstaates durch politische und  
schastliche Freiheit die Voraussetzungen mit schaffen, unter  
auf denen es dem Humanitätsbestreben aller Völker  
möglich wird, positive Aufgaben ihrer Lösung entgegenzuführen. Unser  
Partei-programm schreibt uns die positiven Ziele vor, die wir als  
sche Partei im Staate in dieser Richtung zu erfüllen haben; weite-  
Ausbau der Gesetzgebung zum Schutz für Leben und Gesundheit der  
Arbeiter, Erweiterung der Pflichten, gemeinliche Schiedsgerichte, An-  
erkennung der auf Selbsthilfe gegründeten Vereine, Pensionsanstalten  
Arbeitgeber-Verbände, Gewerksvereine, Förderung der allgemeinen team-  
schen Bildung der arbeitenden Klassen. Von liberaler Seite ist 1871  
die erste Anregung zum Haftpflichtgesetz gekommen. Wir stellten  
den Antrag auf Verbesserung des Haftpflichtgesetzes, dessen Notwendig-  
keit von allen Parteien anerkannt wurde. Nur die Reichsregierung  
verhielt sich zögernd. Man war einverstanden, die Kosten dieser Ver-  
weiterung den Arbeitgebern aufzuerlegen, welche sie schon vielfach frei-  
willig übernommen hatten. Wenn die Wege zur Abhilfe der sozialen  
Schäden schwierig zu finden sind, dann sollte man sich begnügen mit  
haste Wege einzuschlagen (Sehr richtig! links) und sich begnügen mit  
zu vernünftlichen, worin alle einverstanden sind. Das könnte noch in dieser  
für den Reichstagsession geschehen. (Sehr wahr! links.) Das wäre ein  
besseres Weihnachtsgeschenk, als der Kanzlerbrief von 1878, der die Ver-  
der Lebensmittelhölle einleitete. In der Sicherheit der Erfüllung der  
den Arbeitern gebührenden Schadenersatzes haben sich keine politi-  
tischen Mängel herausgestellt. Das Regierungsprogramm hat  
eine ganze Reihe lebensvoller Organisationen versprochen, Genossenschafts-  
die, um mit der Volkskraft zu reden, „auf realen Volkskräften zu  
ruhen. Die monopolisierte Reichsversicherungsanstalt würde alle Ver-  
furenz todt machen, und doch selbst nur zweifelhafte Wirtschaftlichkeit  
über können. (Sehr richtig! links.) Auf die Summe des Staats-  
zuschusses kommt es nicht an, nur auf das Prinzip; wir wollen die  
Selbstverantwortlichkeit des Arbeiters gewahrt wissen, deren hohe Wich-  
tigkeit doch der Wortführer der Konservativen, Herr von Marschall, in  
der vorigen Session anerkannt hat. (Hört! links.) Den Reichskanzler  
verbindet mit den Sozialisten die Unterschätzung dieses Gefühls der  
Verantwortlichkeit im Wirtschaftsleben. (Sehr richtig!) Gerade dieser  
Gefühl spornet zum Vetterlicher untereinander und fördert den Fortschritt  
der Gesamtheit; das ist eine wahrhaft staatserehaltende Kraft, die  
wir nicht antauchen lassen wollen. (Beifall.) Der Reichskanzler sollte  
prüfen, ob das Sozialistengesetz nicht aufzuheben ist, da sich seine Wir-  
kung doch nur zweifelhaft bewährt hat. In Bezug auf die  
Befämpfung des Sozialismus hat der Reichskanzler recht zweifelhaft  
Wege eingeschlagen; er nähert sich den Sozialisten; er hat zur Lös-  
kung des Sozialismus beigetragen, wie kein anderer. (Sehr wahr! links.)  
Je nebbelhafter die Volkskraft die Altersversorgung himmelt, desto mehr  
Anspruch erweckt sie und es ist nicht staatsmännisch, mehr Ansprüche  
erwecken, als man befriedigen kann. Der Staat kann nicht leisten, was  
Gegenleistung. Die Volkskraft stellt große Leistungen des Staates in  
Aussicht, ohne von den notwendigen Gegenleistungen der Steuer-  
zahler zu sprechen. Die Sozialisten wollen die Armen auf Kosten der  
Reichen unterstützen; der Reichskanzler will seine Sozialpolitik mit  
indirekten Steuern ermöglichen, die vorzugsweise die minder wohl-  
habenden Klassen drücken. Der Staat kann den Arbeitern nur einen  
kleinen Bruchtheil dessen geben, was er ihnen mit den Lebensmitteln  
pissen abnimmt. Je mehr der Lebensunterhalt kostet, desto weniger  
kann der Arbeiter zurücklegen. Deshalb ist gerade diese Steuerpolitik  
der Altersversorgung auf der andern Seite feindlich. Nach der Volks-  
schaft sollen neue indirekte Steuern dazu beitragen, die Zuschläge zu  
Grund- und Personalsteuern überflüssig zu machen. Die Zuschläge zu  
Grundsteuer bezahlt der Besitzer. Die Besitzer sollen also auf Kosten  
der Nichtbesitzenden entlastet werden. (Sehr wahr! links.) Da  
kleinere Besitzer verhältnißmäßig mehr Verbrauchssteuern zahlt, be-  
zulekt nur die Entlastung des Großgrundbesitzes übrig. Verminderungen  
der Personalsteuern unter Vermehrung der Verbrauchsabgaben ist  
Entlastung der Wohlhabenderen auf Kosten der Armeren.  
Mängel unserer preussischen direkten Steuer-gesetzgebung sind zu beheben  
im Rahmen der Steuergesetzgebung selbst. (Sehr wahr!) Im  
geordneten-hause hat dies die konservative Partei selbst anerkannt.  
Die Volkskraft will den Gemeinden die Armen- und Schullasten auf-  
nehmen. Ueberträgt man indessen diese Lasten auf den Staat, so  
werden sie einerseits um so größer werden, ohne daß indessen  
Arme selbst davon irgend einen Vortheil hat. Was für Mittel schlägt  
die Volkskraft vor zur Erfüllung aller dieser großen Verbesserungen?  
Tabaksmonopol und Getränkesteuern. Von fiskalischen  
gedanken, sagt die Volkskraft, sei sie völlig frei. Dasselbe hat  
der Reichskanzler auch 1879 gesagt, als er 166 Millionen neuen  
Steuern forderte. Er wäre nur in Verlegenheit, was er mit  
Ueberflüssen anfangen solle, bemerkte er damals. Wo sind heute  
Ueberflüsse? Die Reichsregierung und die Einzelregierungen wollen  
was sie mit dem Ertrag der neuen Steuern und Zölle anfangen  
ben. Abgegeben von den 14 Millionen in Preußen haben die Steuer-  
zahler von Klassen nirgendwo etwas gemerkt. Reichen Tabaksmo-  
nopol und Getränkesteuern, also Verdoppelung der Brausesteuer, wirklich  
um alle jene Verbeigerungen der Volkskraft auszuführen? Das Mo-  
nopol würde nach der höchsten Schätzung seiner Freunde nach 70  
gabe des österreichischen 155 Millionen ertragen. Abzüglich der Er-  
rente für das Entschädigungskapital mit 35 Millionen und des Er-  
trages der bisherigen Tabaksteuer mit 40 Millionen bleiben 98 Millio-  
nen übrig, zuzüglich der Verdoppelung der Brausesteuer. Nun verlangt  
preussische Vermögensteuern aus dem Vorjahr schon allein 110 Mil-  
lionen neuer Reichssteuern, um die untersten Klassensteuereinfusen auf-  
heben zu können und die Kreise und großen Städte in der Weise zu  
lassen, daß z. B. auf Berlin nur 4 Millionen entfielen. Von der ge-  
freier der Gemeinden von Armen- und Schullasten ist in diesem  
wendungs-gesetz nicht einmal die Rede, ebensowenig in der Volks-  
Während der Wahlen wurde ferner das Tabaksmonopol plötzlich  
Matrimonium der Exterben bezeichnet; auch davon ist in der Volks-  
nicht mehr die Rede. Diejenigen, welche im Glauben an das darme-  
Wahlprogramm des Kanzlers ihre Stimmzettel abgegeben haben, müs-  
sollen sie sich jetzt enttäuscht fühlen, wo das Tabaksmonopol nicht  
andere Zwecke in Anspruch genommen werden soll! Was können  
auch 80 Millionen für die Altersversorgung bedeuten! Unter  
Einnahmen der Klasse mit weniger als 200 Mark Jahreseinkommen







Produkten-Börse.

Berlin, 24. November. Wind: WSW. Wetter: Schön.  
Weizen per 1000 Kilo loco 215-245 M. nach Qualität ge-  
fordert, fein gelb - M. ab Bahn bez., def. Poln. - M. ab Bahn  
November 238½ bezahlt, per November-Dezember 227-266½ bezahlt,  
per Dezember-Januar - Markt bezahlt, per Januar-Februar - M.  
bez., per Februar-März - Markt bezahlt, per Juni-Juli - M. bez.,  
per April-Mai 224½ bezahlt, per Januar-Februar - Markt be-  
zahlt, Gefündigt 10,000 Zentner. Regulierungspreis 238½ Markt.  
Roggen per 1000 Kilo loco 188-194 Markt nach Qua-  
lität gefordert, neu inländischer 189-192 ab Bahn bezahlt, hochfeiner  
193 M. ab Bahn bezahlt, flammer - M. ab Bahn bezahlt, alter do.  
- M. ab B. bez., russischer - Markt a. R. bezahlt, feiner - M. ab  
Bahn bezahlt, defekter - Markt ab Bahn bezahlt, per November 193½  
bis 192 bezahlt, per November-Dezember 187½-186½-187 bez., per  
Dezember-Januar 184-183-183½ bezahlt, per Januar-Februar - M.  
April-Mai 175½-174½ bez., Mai-Juni 172½-171½-171½ bez.,  
Gefündigt - Zentner. Regulierungspreis - Markt. - Gerste  
per 1000 Kilo loco 150-200 M. nach Qualität gefordert. - Hafer  
per 1000 Kilo loco 145-173 M. nach Qualität gefordert, russischer 145  
bis 150 bezahlt, ost- und westpreussischer 150-157 bezahlt, pom-  
merischer und Udermärer 152-155 bezahlt, schlesischer 152-158  
bez., böhmischer 152-158 bezahlt, fein weiß mecklenburgischer - ab B.  
bez., per November 149½ bez., per November-Dezember 148 M.,  
per Damb.-Januar - Br., per April-Mai 150½ bez., per Mai-Juni  
151 Markt. Gefündigt 1000 Zentner. Regulierungspreis 149½ Markt.  
- Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 181-215 M., Futterwaare 173 bis  
180 M. - Mais per 1000 Kilo loco 148-154 nach Qualität gefor-  
dert, per November 147½ M., per November-Dezember 147 Markt,  
per April-Mai 140½ Markt bez., per Mai-Juni 138½ Markt. Gefün-

bigt 3000 Zentner. Regulierungspreis 148½ M. - Weizenmehl per  
100 Kilogramm brutto 00: 32,50-31,00 Markt, 0: 30,00-29,00 M.  
0/1: 29,00-28,00 Markt. - Roggenmehl inl. Sad 0: 27,50 bis  
26,50 Markt, 0/1: 26,00-25,00 Markt, per November 25,60-25,50  
bez., per November-Dezember 25,10-25,00 bezahlt., per Dezember-  
Januar 24,80-24,70 bez., per Januar-Februar 24,60-24,50 bezahlt,  
Febr.-März 24,45-24,35 bez., April-Mai 23,95-23,85 bez., per Mai-  
Juni 23,60-23,50 bez., Juni-Juli - bez. Gefündigt 2000 Ztr. Regu-  
lierungspreis 25,50 M. - Delfaat 1000 Kilo Wintertrapp - M.,  
Wintertrapp - Markt. - Rübsöl per 100 Kilo loco ohne Faß 55,5  
M., mit Faß 55,8 M., per November 56,3-56,1 bez., per November-  
Dezember 56,3-56,1 bezahlt, per Dezember-Januar 56,4-56,3 bezahlt,  
per Januar-Februar - bezahlt, per Februar-März - bez., per März-  
April - bezahlt, per April-Mai 57,2-57,1 bez., per Mai-Juni 57,3  
Markt. Gefündigt 2000 Ztr. Regulierungspreis 56,3 M. - Leinöl  
100 Kilo loco - M. - Petroleum per 100 Kilo loco 24,5 M.,  
per November 24,1 bezahlt, per November-Dezember 24,1 bezahlt, per  
Dezember-Januar 24,1 bez., per Januar-Februar - Markt, per Februar-  
März - bezahlt, per April-Mai - Markt, per Mai-Juni - bezahlt.  
Gefündigt 4000 Zentner. Regulierungspreis 24,1 Markt. - Spiritus  
per 100 Liter loco ohne Faß 51,1 bezahlt, per November 53,0-52,7  
bis 52,8 bezahlt, per November-Dezember 51,2-50,9-51,0 bezahlt,  
per Dezember-Januar 51,0-50,8-50,9 bezahlt, per Januar-Februar -  
Markt bezahlt, per Februar-März - bez., per März-April - bezahlt,  
per April-Mai 52,2-51,9-52,0 bezahlt, per Mai-Juni 52,4-52,1 bis  
52,2 bezahlt, per Juni-Juli 53 bezahlt. Gefündigt 40,000 Liter. Re-  
gulierungspreis 52,6 M. (B. B. 3.)  
Stettin, 24. November. [An der Börse.] Wetter: Leicht  
bewölkt, Nachts starker Gewitterregen. + 8 Gr. R. Barom. 28,5.  
Wind: SW.

Weizen fülle, per 1000 Kilo loco gelber 222-231 M., weißer  
224-232 Markt, per November 238 M. bez., per April-Mai 225 M.  
bezahlt, per Mai-Juni 225 Markt Gb., inländischer - M. bezahlt -  
Roggen mitter, per 1000 Kilo loco inländischer 185-187 Markt  
Libauer Abladung - M. cif. tr. bez., per November 190-189 Markt  
bez., per November-Dezember 185-184,5 Markt bez., per Dezember-  
Januar 182 M. Gb., per April-Mai 172,5-172 Markt bez., per Mai-  
Juni 170 M. bez. - Gerste flau, per 1000 Kilo loco Brau-  
bis 162 Markt, geringere 148-156 M., Schlesiische - M. -  
Mais per 1000 Kilo loco neuer inländischer - M., neuer Pommer-  
145-152 M., russischer - Markt bezahlt, Schlesiischer - Markt  
- Erbsen ohne Handel, per 1000 Kilo loco Koch- - M.,  
- Markt. - Mais füll, per 1000 Kilo loco Amerikanischer 148 M.  
bezahlt u. Br., per November-Dezember - M. bez., per April-Mai  
- M. Br. - Wintertrapp fester, per 1000 Kilo loco  
268 Markt bezahlt, per November-Dezember - Markt, per Dezember-  
Januar - M., per Januar-Februar - M. Br., per April-Mai  
M. bez. - Rübsöl füll, per 100 Kilo loco ohne Faß 55,7 M. be-  
seit 57 Markt Br., mit Faß - Markt, per November 55,7 M. be-  
per November-Dezember 55 Markt Br., per April-Mai 57 M. be-  
Wintertrapp per 1000 Kilo loco - Markt Br. - Spiritus  
behaupet, per 10,000 Liter-pSt. loco ohne Faß 50,2 M. bezahlt,  
Faß - Markt bez., per November 51 Markt bezahlt, per November-  
Dezember 50,5 M. bez., per Dezember-Januar - M. bez.,  
Mai 51,3-51,4 M. bez., per Mai-Juni - M. Br. u. Gb., per Juni-  
Juli - Markt Br. u. Gb. Angemeldet: 10,000 Ztr. Roggen.  
Rübsöl 55,75 M., Spiritus 51 Markt. - Petroleum loco 8 M. tr.  
tr. bez., alte Uan - M. trans. bez., Kleinigkeiten - M. tr.  
Regulierungspreis 8 M. tr. (Düsse: 24)

Berlin, 24. November. Das Geschäft an heutiger Börse trug  
wieder eine schwächere Färbung als gestern, der Verkehrsumfang blieb  
wiederum in den denkbar engsten Grenzen. Demzufolge kam auch eine  
bestimmte ausgeprägte Tendenz nicht zum Ausdruck, die Physiognomie  
wechselte, je nachdem gerade Nachrichten oder auch nur Momente, an  
die sich irgend welche Betrachtungen knüpfen ließen, in den Vorder-  
grund traten. Der Kontremine gefiel es, dem neuerdings erfolgten  
Rückgang der londoner Wechselnotiz in Newyork eine größere Bedeu-  
tung beizulegen; ferner glaubt man aus dem Goldabfluß, den die  
Bank von England in den jüngsten Tagen erlitten hat, auch Besorg-  
nisse in Betreff des hiesigen Marktes ableiten zu sollen, da überdies

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 24. November 1881.  
Preussische Fonds- und Geld-  
Cours.

Preuss. Conf. Anl.	4 105,50 bzG
do. neue 1876	4 100,60 bzG
Staats-Anleihe	4 100,60 bzG
Staats-Schuld.	3 99,00 bzG
Do. Deichb.-Dbl.	4 101,00 bzG
Berl. Stadt-Dbl.	4 99,90 bzG
do.	3 95,70 G
Schldo. d. B. Rfm.	4 108,25 bzB
Pfandbriefe:	
Berliner	4 103,75 bzG
do.	4 100,00 bzG
Rur- u. Neumärk.	3 95,25 bzG
do. neue	3 90,60 bzG
do.	4 100,50 bzB
do. neue	4 100,50 bzB
R. Brandbg. Kred.	3 90,50 G
Östpreussische	4 99,80 G
do.	4 99,80 G
Westpr. rittersch.	3 90,50 B
do.	4 100,30 bzG
do. I. B.	4 99,75 bzG
do. II. Serie	4 99,30 bzG
Reuldsch. II. Serie	4 99,50 bzG
do.	4 103,00 bzG
Pofensche, neue	4 100,10 B
Sächsische	4 100,50 G
Pommersche	3 90,00 bzG
do.	4 100,30 bzG
do.	4 100,25 bzG
Schlesiische altl.	3 100,25 bzG
do. alte A.	3 100,25 bzG
do. neue I.	4 100,25 bzG
Rentenbriefe:	
Rur- u. Neumärk.	4 100,40 bzG
Pommersche	4 100,10 bzG
Pofensche	4 100,10 B
Preussische	4 100,10 B
Rhein- u. Westf.	4 100,75 bzB
Sächsische	4 100,20 G
Schlesiische	4 100,80 G
20-Frankstüd.	16,20 5 bzG
do. 500 Gr.	
Dollars	16,68 G
Imperial	13,93 B
Engl. Banknoten	20,38 bzG
do. einlös. Leipz.	80,90 bzB
Franzöf. Banknot.	171,75 bzG
Deferr. Banknot.	216,05 bzG
do. Silbergulden	
Russ. Noten 100 Rubl.	
Deutsche Fonds.	
Dtsch. Reichs-Anl.	4 100,90 bzG
P. A. v. 55 a 100 Zb.	3 144,75 B
Hess. Prich. a 40 Zb.	3 309,00 bzG
Bad. Pr. A. v. 67.	4 133,90 bzG
do. 35 fl. Oblig.	4 210,50 G
Bair. Präm.-Anl.	4 135,40 B
Braunsch. 20 tfl. Z.	4 101,40 bzB
Brem. Anl. v. 1874	4 100,60 G
Öln-Md.-Pr.-Anl.	3 130,70 B
Def. St.-Pr.-Anl.	3 126,00 B
Goth. Pr.-Pdb. 5	5 121,10 B
do. II. Abth.	5 118,90 B
Damb. 50-Zthr. Z.	3 190,50 B
Lübeder Pr.-Anl.	3 180,50 B
Medlb. Eisenbahn.	3 94,00 B
Meininger Loose	27,30 B
do. Pr.-Pdb. 4	4 120,90 B
Oldenburger Loose	3 150,40 B
D.-G.-C.-B.-P. 110	4 104,40 B
do.	5 108,50 G
Dtsch. Hypoth. unl.	5 103,40 B
do.	4 102,00 B
Mein. Hyp.-Pf.	5 101,10 G
Ardb. Grdfr.-H. 5	5 100,10 B
Pomm. Hyp.-Pdb.	

auch die Notirungen von Wien und Paris Rückgänge aufzuweisen  
hatten, eröffnete die hiesige Börse bei größter Geschäftsstille unter den  
gegriffen Schlusskursen. Bald jedoch trat ein Umschwung in der  
Stimmung ein und das in heutiger Zeit leitende Spekulationspapier,  
die österreichische Kreditaktie, halte den anfänglichen Rückgang wieder  
ein und hob sich auf den Kursstand der gestrigen Schlussnotiz. Dann  
trat von neuem die mattere Tendenz in das Uebergewicht, da, wie  
es den Anschein gewann, von beteiligter Seite ungünstige Gerüchte  
über den etwaigen Verlauf der pariser Liquidation ausgesprengt  
wurden. Auf bessere wiener Kursmeldungen besiegte sich dann die  
Galtung, doch ohne daß der Verkehr irgend eine Zunahme aufzu-

Bank- u. Kredit-Aktien.

Babische Bank	4 114,50 G
Bl. f. Rheinl. u. Westf.	4 39,25 bzG
Bl. f. Sprita-Br.-G.	4 67,60 bzG
Berl. Handels-Ges.	4 124,50 bzG
do. Kassen-Berein.	4 201,00 G
Breslauer Dis.-Bl.	4 101,00 bzB
Centralbl. f. B.	4 101,00 bzB
Centralbl. f. J. u. G.	4 90,50 B
Coburger Credit-B.	4 96,75 B
Öln. Wechselbank	4 109,20 G
Danziger Privatb.	4 109,20 G
Darmstädter Bank	4 166,75 bzG
do. Zettelbank	4 110,60 G
Deffauer Creditb.	4 97,25 G
do. Landesbank	4 122,00 B
Deutsche Bank	4 133,00 G
do. Genossensch.	4 90,00 bzG
do. Hyp.-Bank	4 150,50 bzG
do. Reichsbank	4 219,25 bzG
Disconto-Bank	4 92,50 G
Geraer Bank	4 94,25 G
do. Handelsb.	4 115,00 G
Gothaer Privatb.	4 98,00 bzB
Hypothek. (Hübner)	4 98,25 G
Königsb. Vereinsb.	4 159,60 G
Leipziger Creditb.	4 116,10 B
do. Discontob.	4 116,30 B
Magdeb. Privatb.	4 61,00 G
Medlb. Bodencred.	4 96,50 G
do. Hypoth.-B. fr.	4 101,50 G
Meining. Creditb.	4 94,00 B
do. Hypothekenb.	4 96,25 G
Niederlausitzer Bank	4 188,00 B
Norddeutsche Bank	4 49,25 B
Nordb. Grundcredit	4 103,50 B
Deferr. Kredit	4 79,00 G
Petersb. Intern. Bl.	4 127,00 G
Pofen. Banknotensch.	4 58,00 bzG
Pofener Spritaaktien	4 111,10 bzG
Preuss. Banknotensch.	4 123,50 bzB
do. Bankredit	4 95,00 bzG
do. Centralb.	4 76,70 B
do. Hyp. Spielb.	4 125,75 B
Produkt.-Handelsb.	4 92,20 bzG
Sächsische Bank	4 112,50 G
Schaffhaus. Bank	4 142,80 G
Schlef. Bankverein	
Slubb. Bodencredit	

Industrie-Aktien.

Brauerei Pagenhof	4 59,80 G
Dannenberg. Ration	
Deutsche Baugel.	
Dtsch. Eisenb.-B.	
Drig. Sany. u. Eis.	4 60,00 bzG
Dortmunder Union	4 16,00 bzB
Edels. Masch.-Akt.	4 26,75 B
Edmannsb. Spinn.	4 29,00 G
Floraf. Charlottenb.	4 77,00 bzG
Griff u. Robm. Röh.	4 133,90 bzB
Gelsenfich.-Bergw.	4 94,75 bzB
Georg-Marienbütte	4 95,00 G
Gibernia u. Cham.	4 83,00 B
Immoobilien (Berl.)	4 95,00 bzB
Kramsta. Leinen-F.	4 27,00 G
Kauchhammer	4 125,60 B
Laurahütte	4 49,00 G
Luise Tiefb.-Bergw.	4 119,90 B
Magdeburger Bergw.	4 55,00 G
Marienbüt. Bergw.	4 70,00 G
Merden u. Schm. B.	4 42,00 G
Oberchl. Eis.-Wed.	
Ostend	
Phönix B. u. Lit. A	4 85,25 B
Phönix B. u. Lit. E	4 42,00 G
Redenbütte conf.	4 105,00 G
Rhein. Nasf. Bergw.	4 73,50 bzG
Rhein. Westf. Ind.	4 26,00 bzG
Stobwasser Lampen	4 8,75 bzG
Unter den Linden	4 18,00 B
Wölbert Maschin.	

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Berlin-Dresden	5 44,10 bzG
Berlin-Görlitz	5 95,50 G
Halle-Sorau-Gub.	5 76,00 bzB
Märkisch-Posen	5 114,00 bzG
Marienb.-Rlawka	5 102,25 bzG
Rüster-Geschede	5 21,50 G
Nordhausen-Gesf.	5 96,75 B
Oberlausitzer	5 46,80 G
Deis-Gresen	5 47,90 B
Östpreuss. Südbahn	5 94,10 bzG
Pofen-Creuzburg	5 69,00 bzG
Rechte Oderf. Bahn	5 161,75 bzG
Rumänische	5 68,00 bzG
Saalbahn	5 77,10 B
Saalf.-Unstrutbahn	
Tüft.-Jüterbo.	
Weimar-Geraer	

Staatsbahn-Aktien.

Brl.-Potsd.-Magd.	4 116,10 B
Berlin-Stettin	4 116,10 B
Cöln-Minden	4 116,10 B
Magd.-Halberstadt	3 93,75 G
Magd.-Halle-B. abg.	3 88,00 G
do. B. unabg.	3 124,90 G
do. C. do. abg.	3 124,90 G

weisen gehabt hätte. Unter diesen Umständen kann natürlich  
bemerkbaren Einzelheiten nicht die Rede sein. Die auf Kassa  
handelnden Dividendenpapiere blieben fast ganz vernachlässigt und  
sehr gering war der geschäftliche Verkehr in den eigentlichen  
anlagewerthen. Per Ultimo notiren: Franzosen 550-540,50-551,50  
Lombarden 251-249,50-254,50-254, Kreditaktien 619,50-617,50  
bis 620, Wiener Bank-Verein 238 Geld, Darmstädter Bank  
bis 166,50, Disconto-Kommandit-Antheile 218,60-218,90-219,10  
bis 219,25, Deutsche Bank 164,90-165,50, Dortmunder Union  
bis 101,60-101,80, Laurahütte 123,90-123,60-124. Der  
mar fest. - Privatdiscont 5 Prozent.

Künster-Gamm.

Kieberschl. Markt	4 99,75 G
Rhein. St. A. abg.	6 162,30 B
do. neue 4 proc.	5 158,75 B
do. Lit. B. gar.	4 100,40 B

Eisenbahn-Prioritäten.

Kach.-Märkisch	4 99,90 bzG
do. do. II. 5	100,00 G
do. do. III. 5	100,00 G
Berg.-Märkisch	4 102,50 G
do. do. II. 4	102,50 G
do. III. v. St. g.	3 93,00 G
do. do. Litt. B. 3	93,00 G
do. do. Litt. C. 3	93,00 G
do. do. IV. 4	102,50 G
do. do. V. 4	102,50 G
do. do. VI. 4	102,50 B
do. do. VII. 4	102,75 bzB
Kach.-Düffelsb. I	4 100,10 G
do. do. II. 4	100,10 G
do. do. III. 4	100,10 G
do. Düff.-Eib.-Br.	4 100,10 G
do. do. II. 4	100,10 G
do. do. III. 4	100,10 G
do. do. IV. 4	100,10 G
do. do. V. 4	100,10 G
do. do. VI. 4	100,10 G
do. do. VII. 4	100,10 G
Berlin-Anhalt A.	4 102,50 G
do. B. 4	102,50 G
do. Litt. C. 4	102,60 B
Berlin-Görlitz	4 102,20 B
Berlin-Hamburg I	4 103,10 G
do. do. II. 4	103,10 G
do. do. III. 4	103,10 G
Br.-Potsd.-M.A.B.	4 100,30 G
do. do. C. 4	100,30 G
do. do. D. 4	103,90 B
do. do. E. 4	103,90 B
Berlin-Stettin I.	4 100,50 G
do. do. II. 4	100,50 G
do. do. III. 4	100,50 G
do. IV. v. St. g.	4 100,50 G
do. VI. do.	4 100,50 G
do. VII. do.	4 100,50 G
Bresl.-Schw.-Kreh.	4 102,25 G
do. do. Litt. G. 4	102,25 G
do. do. Litt. H. 4	102,25 G
do. do. Litt. I. 4	102,25 G
do. do. Litt. J. 4	102,25 G
do. do. Litt. K. 4	102,25 G
do. do. Litt. L. 4	102,25 G
do. do. Litt. M. 4	102,25 G
do. do. Litt. N. 4	102,25 G
do. do. Litt. O. 4	102,25 G
do. do. Litt. P. 4	102,25 G
do. do. Litt. Q. 4	102,25 G
do. do. Litt. R. 4	102,25 G
do. do. Litt. S. 4	102,25 G
do. do. Litt. T. 4	102,25 G
do. do. Litt. U. 4	102,25 G
do. do. Litt. V. 4	102,25 G
do. do. Litt. W. 4	102,25 G
do. do. Litt. X. 4	102,25 G
do. do. Litt. Y. 4	102,25 G
do. do. Litt. Z. 4	102,25 G

Ansländische Prioritäten.

Elisabeth-Bahn	5 86,50 B
Gal. Karl-Ludwigl.	5 94,25 B
do. do. II. 5	94,25 B
do. do. III. 5	94,25 B
do. do. IV. 5	94,25 B
Lemberg-Gernow I	5 81,00 B
do. II. 5	81,00 B
do. III. 5	81,00 B
do. IV. 5	81,00 B
do. V. 5	81,00 B
do. VI. 5	81,00 B
do. VII. 5	81,00 B
do. VIII. 5	81,00 B
do. IX. 5	81,00 B
do. X. 5	81,00 B
do. XI. 5	81,00 B
do. XII. 5	81,00 B
do. XIII. 5	81,00 B
do. XIV. 5	81,00 B
do. XV. 5	81,00 B
do. XVI. 5	81,00 B
do. XVII. 5	81,00 B
do. XVIII. 5	81,00 B
do. XIX. 5	81,00 B
do. XX. 5	81,00 B